



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/196

24. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Ergebnisse der Pressekonferenzen in Bonn	S.1
Der Sinn des Nein	S.3
Robert Wilbrandt 75 Jahre (29. August)	S.5
Hilferuf für Anna Kethly	S.6

Hintergründiger Bundeskanzler

Man. Besser als durch die Pressekonferenzen Adenauers und Schumachers am Mittwoch hätte der Standpunkt von Bundesregierung und Opposition in der Frage der deutschen Sicherheit auch im Parlament nicht geklärt werden können. Es darf aber nicht übersehen werden, dass das Interesse an einer wirklichen Klärung der Situation sehr ungleichmäßig verteilt war. Nicht zu Unrecht herrscht in Bonner politischen Kreisen der Eindruck, dass der SPD-Vorsitzende nicht nur mit wirklich überzeugenden Argumenten den ganzen Nebel falscher Vorstellungen und unklarer Begriffe durchbrochen, sondern auch durch seine Analyse der tatsächlichen Gegebenheiten allen pseudomilitärischen Theorien einen Stoss versetzt hat. Einig sind sich die beiden Politiker offenbar in zwei Punkten:

Ein deutscher Beitrag zur militärischen Verteidigung Europas ist nicht grundsätzlich abzulehnen. An diese Bereitschaft bestimmte Bedingungen hinsichtlich der Handlungsfreiheit der Bundesrepublik zu knüpfen, erscheint überflüssig, da die Wiederherstellung der Souveränität eine praktisch unumgängliche Voraussetzung ist. Während aber Dr. Schumacher jeden Schritt zu einer deutschen Wiederbewaffnung von einem militärischen Einstehen der Weltdemokratie für das ganze Deutschland abhängig macht, hat sich Dr. Adenauer auf den reichlich verschwommenen Begriff einer blossen Verstärkung von Polizeikräften zurückgezogen, die er

als eine Art "Schutzpolizei" umschrieb.

Diese radikale Schwenkung des Bundeskanzlers gibt schwierige Rätsel auf. Warum hat er ausdrücklich darauf bestanden, dass in seinem bekannten Interview nicht von Polizei, sondern nur von Verteidigungstruppen (defence forces) gesprochen wurde? Warum hat der Parteivorsitzende der CDU/CSU, Dr. v. Brentano, nach seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler noch am Dienstag erklärt, man wolle rein militärische Truppen, da sich durch Polizeistreitkräfte die Bürgerkriegsgefahr vergrössere? Warum hat Dr. Adenauer nicht ausdrücklich Pressemeldungen widersprochen, in denen davon die Rede war, dass er einen präzisen Plan für die Aufstellung von fünf deutschen Divisionen mit einer Gesamtstärke von 50.000 Mann den Hohen Kommissaren vorgelegt habe? Der Bundeskanzler hat, daran ist auch nach dem persönlichen Eindruck von der Pressekonferenz kein Zweifel möglich, in Wahrheit keine radikale Schwenkung vorgenommen, sondern seine Schritte nur abzuschwächen versucht. Dazu haben ihn aller Wahrscheinlichkeit nach zwei Umstände bestimmt: der entschiedene Widerspruch der Franzosen und die Argumente Dr. Schumachers.

Der Bundeskanzler weiss ganz genau, dass seine öffentliche Erklärung der Bereitschaft zu einer partiellen Wiederbewaffnung in der Weltöffentlichkeit ihre Wirkung getan hat. Nur in Frankreich war diese Wirkung negativ und Dr. Adenauer hat allen Anlass, dem französischen Aussenminister Schuman die Hilfestellung zu leisten, die dieser seinem deutschen Parteifreund bei früheren Gelegenheiten angedeihen liess. Die Zurücknahme dessen, was der Bundeskanzler sagte und tat, stiftet zwar in Deutschland einige Verwirrung, hat aber weiter keine praktische Bedeutung, da der Bericht McGloys in Washington vorliegt. Adenauer kann darauf vertrauen, dass die Amerikaner auf der Aussenministerkonferenz Mitte September seine Sache vertreten werden, die insofern auch die ihre ist, als die Vereinigten Staaten in einem solchen Falle mit dem Hinweis auf die deutsche Rüstungsleistung einen Grund hätten, ihre eigenen Anstrengungen in Deutschland nicht auf das höchste Maß voranzutreiben. So wartet der Bundeskanzler ab, welche Ergebnisse die Aussenministerkonferenz bringt.

Unverkennbar hat die Aussprache mit Dr. Schumacher einen grossen Eindruck auf den Kanzler gemacht. Es ist aber nicht das erste Mal gewesen, dass die beiden Politiker über diesen Gegenstand sprachen und es ist nur zu bezeichnend für den Taktiker Adenauer, dass er bei früheren Gelegenheiten mit dem Oppositionsführer weitgehend übereinzustimmen

schien und doch alles in den Wind schlug, als er bei den Alliierten eine Chance für andere Pläne witterte. Adenauer hat wie Schumacher zu erkennen gegeben, dass es das Ziel der deutschen Politik sein muss, die Vereinigten Staaten an Europa zu binden. Der Kanzler muss aber einsehen, dass er die politischen Möglichkeiten dafür verspielt hat. Ob er im Falle einer Annahme seiner Pläne durch die Aussenministerkonferenz versuchen würde, die grundsätzliche deutsche Entscheidung mit der schwachen Mehrheit im Bundestag gegen die starke Opposition durchzusetzen, lässt sich nicht sagen. Nach seinem letzten Vorgehen muss aber damit gerechnet werden, dass der Kanzler bereit ist, für den Preis der Gleichberechtigung der Bundesrepublik die Verantwortung für das gefährliche Abenteuer einer partiellen Rüstung auf sich zu nehmen. Es wäre ein nicht wieder-gutzumachendes Opfer, das damit gefordert werden würde.

- - -

Der Sinn des Nein

P.R. Bonn, 24. August

Durch die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Führers der Opposition ist die Frage der deutschen Remilitarisierung, was die deutsche Seite betrifft, zunächst weitgehend geklärt. Alles wesentliche wurde gesagt, wobei nach der überwiegenden Ansicht der in Bonn beglaubigten Journalisten die weitaus grössere Klarheit und Bestimmtheit bei Dr. Schumacher lag. Natürlich ist die Diskussion dieses Gegenstandes damit nicht abgeschlossen. Die Fragestellung in Deutschland ist dabei eine andere als die in der übrigen westlichen Welt. Hier bei uns lautet sie etwa: Welche Chancen und welche Risiken sind mit einer deutschen Remilitarisierung verbunden? Unter welchen Voraussetzungen wäre sie denkbar oder sinnvoll - was spricht dafür und was dagegen? Die Fragestellung im Ausland dagegen wird beherrscht von dem tatsächlichen oder vermeintlichen Nutzen einer solchen Entwicklung in Deutschland für die westliche Welt schlechthin.

Von den Befürwortern einer deutschen Wiederaufrüstung im Ausland - es handelt sich zunächst nur um inoffizielle Stimmen - werden, etwas vergrößernd auf die kürzeste Formel gebracht, die folgenden Gesichtspunkte angeführt: Man darf nicht bei einem Lippenbekenntnis stehen bleiben, sondern muss in der Verteidigung der Freiheit bis zu letzten Konsequenz gehen. Dann im Sinne des giftigen Wortes: Für Hitler habt ihr euch geschlagen, bei dem Endkampf um die Freiheit versagt ihr euch. Weiter: Jetzt sei die grosse Chance gegeben, sich endgültig bei

den Westmächten "einzupauken" und die Achtung der Welt zurückzugewinnen. Schliesslich Ein militärisches Vakuum, nur unzureichend durch schwache Kräfte der Besatzungsmächte aufgefüllt, stellt einen zusätzlichen Aggressionsanreiz für die Russen dar. Diese Hinweise sind nicht einzeln, sondern nur im Zusammenhang zu werten. Strafft man auch die Argumente in eine gedrängte Form, so ergibt sich das folgende Bild:

1. Über eine zusätzliche Bereitschaftspolizei, ihre Stärke, über eine Reorganisation der Polizei, vor allem auch im Hinblick auf Weisungsrechte, lässt sich reden. Unzweckmässig aber ist bereits die Schaffung einer militärisch-politischen Analogie zur Volkspolizei. Einmal wäre sie für eine (bürgerkriegsartige!) Auseinandersetzung mit jener gedacht, aber es ist nicht anzunehmen, dass die Volkspolizei jemals in Westdeutschland allein vorgehen würde, da hier die Besatzungsmächte ihre Truppen stehen haben.

2. Eine Remilitarisierung oder Wiederaufrüstung hätte nur dann Sinn, wenn sie in einem Umfang durchgeführt werden könnte, der einigermaßen den heutigen Grössenordnungen im internationalen Rüstungswettkampf und in einem Tempo, das der Schnelligkeit der Krisenentwicklung entspricht. Deutschland liegt im Zentrum des Gefahrenherdes, es wäre sinnlos, sich mit Halbheiten zu begnügen. Gegen die totale Aufrüstung aber sprechen nach den Kriegszerstörungen und Demontagen ebenso stark die realen wie die psychologischen Gegebenheiten im deutschen Volk. Auch würde sich mit dieser Entwicklung vermutlich keine europäische Macht abfinden ("Die grosse Aufrüstung Deutschlands geht nicht. Aber alles, was nur eine Kompanie darunter ist, alles was unter einer mit allen modernen Waffen ausgerüsteten und hochqualifizierten Armee ist, stellt einen verbrecherischen Unfug dar", schrieb kürzlich die "Gegenwart").

3. Jede unorganisierte Volksbewaffnung, vielleicht mit Partisanenkursen, ein Vorschlag Vansittards, oder ein sonst irgendwie von vornherein unzulänglicher Widerstandsversuch gegen eine russische Aggression bedeutet nichts anderes als konzentriertes Elend, erhöhte Opfer und bringt nichts ein. Auch wird es unmöglich sein, in Deutschland Anklang für diesen subalternen Landsknechtsdienst auf verlorenem Posten zu finden.

4. Die innerpolitischen Bedenken gegen eine auch nur teilweise Aufrüstung sind sehr erheblich, kurz umrissen mit dem Hinweis auf die Restauration mehr oder weniger offenkundig antidemokratischer Kräfte, auf die erneut zunehmende Bedeutung der Militärs aller Grade, auf die psychologischen Schäden in breitesten Volksschichten, die dadurch ents ehen, dass man

so schnell sich wieder von der angeblichen Unentbehrlichkeit militärischen Denkens überzeugen lassen musste.

5. Wenn die Befürworter der deutschen Wiederaufrüstung von der Gefahr einer Politik der Resignation und des Verzichts sprechen, so ist in der Tat ein Verzicht notwendig - auf eine Scheinstärke, auf ein Rüstungs-als-ob; auf jede Verteidigungsspielerei ohne realen strategischen Wert. Ein neuer Aderlass von einem Ausmaß wie der letzte aber würde den Tod des deutschen Volkskörpers bedeuten.

Unter welchen Umständen mit einem ernstzunehmenden deutschen Beitrag für die Verteidigung Europas gerechnet werden kann, hat Dr. Schumacher präzisiert: Wenn die Westmächte, vor allem natürlich einschliesslich der USA, sichtbar machen, dass sie mit äusserstem Kräfteinsatz ganz Deutschland offensiv verteidigen wollen und dazu die notwendigen Voraussetzungen schaffen und wenn sie überzeugend nachweisen, dass sie einen solchen eventuell notwendig werdenden Kampf mit guter Aussicht auf Erfolg zu führen in der Lage sind.

So wenig man der Europa-Idee Abbruch tut, ihr im Gegenteil nur nützt, wenn man für ein vernünftiges fortschrittliches und nicht von hundert Hypotheken belastetes Europa eintritt, so wenig darf man beim Gedanken an die notwendige Vorbereitung einer Verteidigung Westeuropas die Gegebenheiten der eigenen deutschen Situation ausser acht lassen, die sich in so vielen wesentlichen Punkten von der Situation der übrigen westlichen Welt unterscheiden.

Robert Wilbrandt 75 Jahre

Dass Robert Wilbrandt am 29. August seinen 75. Geburtstag feiert, ist nicht nur ein Anlass der Erinnerung für seine einstigen Hörer an den Hochschulen Berlin, Tübingen und Dresden und für seine Fachkollegen von der Volkswirtschaft. Gewerkschafter, Frauenorganisationen, Konsumgenossenschaftler und nicht zuletzt Sozialisten haben allen Anlass, eines tapferen Vorkämpfers dankbar zu gedenken.

Der verhätschelte Sohn des Direktors des Wiener Burgtheaters kam durch einen Zufall zur Sozialpolitik. Der Professor der Volkswirtschaft der Berliner Universität, Gustav Schmöller, empfahl ihn der grossen Frauenrechtlerin Helene Lange als Mitarbeiter am "Handbuch

der Frauenarbeit" (1902). Sein Beitrag "Die deutsche Frau im Beruf" zeigte, wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Familie zersetzte und Arbeiterinnen der Ausnutzung auslieferte. "Die Frauenarbeit - ein Problem des Kapitalismus" fasste das Ergebnis seiner gründlichen Forschungen zusammen. "Arbeiterinnenschutz und Heimarbeit" wirkte bahnbrechend für den Heimarbeiterschutz. In den Reihen der "Kathedersozialisten" stand Wilbrandt bald als einer der Vorkämpfer für fortschrittliche Sozialpolitik. In jenen Jahren verfasste er auch seine grundlegenden Schriften über das Konsum- und Genossenschaftswesen.

Wilbrandt wollte keine Politik des sozialen Pflästerchens. "Ich fand der üblichen Sozialreform den Weg versperrt, wo immer sie ernstlich an die soziale Frage heran will", schrieb er 1907 seinem Vater. "Und ich fand, dass Möglichkeiten vorliegen, wirklich etwas zu tun, und dass gerade das, was die Sozialisten wollen, für weite und wachsende Gebiete der Volkswirtschaft das Rechte ist. Da blieb mir nichts übrig, als das auszusprechen und den Sozialismus zu unterstützen".

Schon der junge Berliner Privatdozent hat in der Hochburg der Berliner "Marxtöter" - Universität sozialistische Theorien erörtert. Er hat 1918 zum 100. Geburtstag von Marx ein gehaltvolles Buch veröffentlicht und 1919 seinen "Sozialismus" herausgebracht - als Versuch eines religiös empfindenden humanitären Sozialisten. 1933 wurde er von den Nazis von seinem Dresdner Lehrstuhl verjagt. Er zog nach Marquartstein im Ochiengau. Dort schloss er seine volkswirtschaftlichen Schriften ab und dort begeht er seinen 75. Geburtstag.

Dr. Walter Auerbach

- - -

Hilferuf für die ungarische Sozialistenführerin Anna Kethly.

sp. Das Sekretariat der Frauengruppen der COMISCO-Parteien hat einen Appell an Mrs. Roosevelt als der Vorsitzenden des UNO-Unterausschusses für Menschenrechte gerichtet mit der Bitte, sich um das Schicksal der alten ungarischen Sozialistenführerin Anna K e t h l y zu kümmern, die im Verlauf der letzten Säuberungsaktion in Budapest verhaftet wurde. Anna Kethly lebte während der deutschen Besetzung Ungarns illegal in ihrem Land, da sie vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt werden sollte. Von 1945 - 1948 war Anna Kethly Vizepräsidentin des ungarischen Parlaments.

- - -